

Indien im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Eine Präsidentin für Indien?

Indien könnte bald zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit eine Frau als Staatsoberhaupt haben. Die Regierungskoalition in Delhi und die Linksparteien nominierten die Gouverneurin von Rajasthan Pratibha Patil als ihre Kandidatin für das höchste Staatsamt. Der indische Präsident wird ähnlich wie der deutsche von den Abgeordneten der Bundes- und Landesparlamente gewählt. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse sollte die Wahl der 72-jährigen Patil am 19. Juli (nach Drucklegung von SÜD-ASIEN 3-2007) eigentlich sicher sein, denn auch andere Parteien wie die jüngst bei den Wahlen in UP erfolgreiche BSP von Mayawati haben ihre Unterstützung zugesagt. Einziger weiterer Kandidat ist der derzeitige Vizepräsident Bhairon Singh Shekhawat, der von der oppositionellen Allianz NDA unterstützt wird. Der amtierende Präsident Kalam war von einer neu gegründeten Allianz (*United National Progressive Alliance*, ein Bündnis von acht weitgehend regionalen Parteien wie Telugu Desam, AIADMK aus Tamil Nadu, Samajwadi Party und AGP aus Assam) als Kandidat ins Gespräch gebracht worden, lehnte eine offensichtlich aussichtslose Kandidatur aber ab. Interessanterweise hat die hindunationalistische Shiv Sena aus Maharashtra erklärt, Pratibha Patil unterstützen zu wollen, da sie ebenfalls aus dem westindischen Unionsstaat stammt. Das hat zu ernsthaften Verstimmungen zwischen den seit Jahrzehnten verbündeten Hindu-Parteien BJP und Shiv Sena geführt. Die Nominierung Patils kam überraschend, da zunächst hochrangige Minister aus dem Kabinett wie Shivraj Patil und Pranab Mukherjee als Favoriten galten. Die weniger bekannte Pratibha Patil wurde zunächst dennoch positiv aufgenommen. Allerdings gibt es inzwischen auch massive Vorwürfe gegen die Person Patils und ihre Familie, die sie öffentlich diskreditiert haben. Und sie selbst hat mit kontroversen Äußerungen viele Sympathien verloren, indem sie sich etwa gegen die Verschleierung von Frauen aussprach mit der historisch falschen Begründung, diese Sitte sei erst zum Schutz der Frauen vor den (muslimischen) Mogul-Herrschern in Indien eingeführt worden. Es ist durchaus denkbar, dass eine Reihe von Parlamentariern der Regierungsparteien über die Parteigrenzen hinweg für Shekhawat stimmen wird. Bei Präsidentschaftswahlen gilt nicht die in Indien

sonst sehr streng durchgesetzte Fraktionsdisziplin.

Gujjars wollen von Quoten profitieren

Bei Protesten der Gujjars in Rajasthan und anschließenden Kämpfen mit der Polizei und der rivalisierenden Gruppe der Meenas starben Ende Mai und Anfang Juni 25 Menschen. Tagelang waren Straßen und Bahnstrecken in weiten Teilen Nordwest-Indiens blockiert. Die Auseinandersetzungen erfassten auch die angrenzenden Bundesstaaten Haryana, Uttar Pradesh, Madhya Pradesh und Delhi. Die Gujjars, die in Rajasthan als OBC (*Other Backward Classes*) eingestuft sind, möchten in der Kastenhierarchie absteigen und unter die Kategorie „registrierte Stämme“ (*Scheduled Tribes, ST*) fallen, wodurch sie stärker von Quoten beim Zugang zu Universitäten und der Vergabe staatlicher Jobs profitieren könnten. Der Konflikt hat einmal mehr die Komplexität der indischen Gesellschaft offenbart und die Schwierigkeit, ihr mit den gängigen bürokratischen Kategorien gerecht zu werden. Die etwa 16 Millionen Gujjars in Indien sind ursprünglich Hirtennomaden, aber längst keine homogene Gemeinschaft mehr. In Jammu und Kaschmir beispielsweise, wo die Gujjars auch Muslime sind und nicht Hindus wie in Rajasthan, leben viele Gujjars in den Bergen nach wie vor in ihrer traditionellen Lebensweise, und dort ist diese Gruppe auch als ST anerkannt. In Rajasthan dagegen, wo die Gujjars sesshaft sind und die meisten in der Landwirtschaft, auf dem Bau oder auch in Steinbrüchen und Bergwerken arbeiten, ist ihnen dieser Status bisher versagt geblieben. Die in Rajasthan regierende BJP hatte den Gujjars nun im letzten Wahlkampf die Anerkennung als ST versprochen, dann aber nichts unternommen, was letztlich zu den gewalttätigen Protesten führte. Die Meenas hingegen gelten bereits als ST und profitieren von den Quoten; sie befürchten, dass ST-Status für die Gujjars die Konkurrenz-Situation für sie deutlich verschlechtern würde und sind daher gegen eine Neubewertung. Vorläufig hat es die Regierung Rajasthans nun geschafft, durch die Einsetzung einer Kommission die Situation zu entschärfen; sie soll drei Monate Zeit haben, die Anliegen der Gujjars und Meenas zu überprüfen.

Religions-Streit im Punjab

Der Akal Takht, die religiöse Führung der Sikhs, wirft dem Anführer der „Sacha Sauda“-Sekte, Gurmeet Ram Rahim Singh, seit Wochen „Blasphemie“ vor, weil er auf Bildern ähnlich gekleidet aufgetreten sei wie der zehnte Guru der Sikhs, Gobind Singh. Die Spannungen führten besonders im Mai zu Kämpfen mit mehreren Verletzten und einem Toten. Eine Entschuldigung der Dera Sacha Sauda-Gruppe wurde vom Akal Takht abgelehnt, stattdessen verlangen die Sikhs die strafrechtliche Verfolgung von Gurmeet Ram Rahim Singh. Zurzeit ist der Fall vor Gericht anhängig. Dera Sacha Sauda wurde 1948 von Shyam Mastana gegründet, einem Teilungs-Flüchtling aus Belutschistan. Der Hauptsitz ist in Sirsa, Haryana. Eigenen Angaben zufolge hat die Sekte zehn Millionen Anhänger, unabhängige Informationen dazu gibt es jedoch nicht. „Sacha Sauda“, das bedeutet in etwa „wahres Geschäft“, betont, dass die Anhänger aus verschiedenen Religionen kommen und ihren Glauben, sei es nun Sikhismus, Islam oder Hinduismus, beibehalten können. Die meisten Anhänger von Sacha Sauda sind Dalits, nicht zuletzt weil die Sekte das Kastenwesen ablehnt – so sollen die Anhänger ihren Kasten-Namen ablegen und durch „Insa“ – kurz für *insaniyat*, Humanität, ersetzen. Ähnliche synkretistische und egalitäre Bewegungen sind in Nordindien häufig. Der Konflikt hat zumindest auch eine politische Dimension: Dera Sacha Sauda hatte seine Anhänger ungewöhnlich unverblümt dazu aufgerufen, bei den Wahlen im Punjab für den *Congress* zu stimmen – möglicherweise hoffte Gurmeet Ram Rahim Singh, damit strafrechtlichen Ermittlungen in Fällen von Mord und sexueller Belästigung zu entgehen. Die meisten Sikhs unterstützen dagegen die rivalisierende Partei *Akali Dal*, und die wollte nach ihrem Wahlsieg im Februar vermutlich der Sacha Sauda-Führung eine Lektion erteilen. Was den religiösen Aspekt betrifft, so erscheint der Fall vielen Beobachtern als erneute Bemühung „fundamentalistischer“ Sikhs, die Reinheit ihrer Religion zu sichern und Zeichen gegen Synkretismus zu setzen. www.derasachasauda.in

Zahl der HIV-Infizierten in Indien deutlich niedriger

Bisherige UN-Schätzungen, wonach Indien mit 5,7 Millionen Infizierten das am schlimmsten von AIDS betroffene Land weltweit sei, sind deutlich nach

unten revidiert worden. Das geht aus einer Anfang Juli publizierten Studie verschiedener Institutionen hervor, die nur noch von 2,5 Millionen HIV-Infizierten ausgeht. Die neuen Zahlen basieren auf einer breiteren Datenbasis als bisher. Anti-AIDS-Aktivisten mahnten, trotz der neuen Zahlen müsse der Kampf gegen die Immunschwäche weiter engagiert geführt werden. Bislang werden 80 000 HIV-Infizierte kostenlos vom staatlichen Gesundheitswesen mit Medikamenten versorgt, weniger als ursprünglich geplant. Nach Angaben der Regierung haben immer noch 40 Prozent der indischen Frauen nie von AIDS gehört.

Wahlen in Goa

Der *Congress* hat Anfang Juni gemeinsam mit seinem Partner *Nationalist Congress Party* (NCP) die Landtags-Wahlen im westindischen Goa gewonnen und kann mit Hilfe unabhängiger Abgeordneter dort weiter regieren. Neuer Ministerpräsident wurde Digambar Kamat. Für den *Congress* war es ein lang ersehnter Wahlerfolg nach Schlappen bei Wahlen unter anderem in Uttar Pradesh und im Punjab dieses Jahr. Mit anderthalb Millionen Einwohnern gehört Goa zu den kleinsten indischen Bundesstaaten.

Ex-Premier Chandra Shekhar gestorben

Chandra Shekhar, einer der Veteranen der indischen Politik und 1990 für 8 Monate Premierminister, ist am 8. Juli im Alter von 80 Jahren verstorben. Der Sozialist gehörte den Parteien *Janata Dal* und *Samajwadi Janata Party* an. Chandra Shekhars Nachfolger als Premierminister, Narasimha Rao, leitete Anfang der 1990er Jahre mit seiner Reformpolitik die wirtschaftliche Öffnung Indiens ein, die Shekhar noch blockiert hatte.

Zugverbindung mit Bangladesch

Die Nachbarländer Indien und Bangladesch haben sich darauf geeinigt, dass ab Ende August zweimal wöchentlich direkte Züge zwischen den Metropolen Kalkutta und Dhaka verkehren werden. Ein Testlauf im Juli wurde von Tausenden Menschen gefeiert. Die Zugverbindung war nach dem indisch-pakistanischen Krieg 1965 eingestellt worden; damals war das heutige Bangladesch noch Teil Pakistans.